

Sachverständigenanhörung / Statement im Haushaltsausschuss, 30.09.2021,

Maresa Feldmann, Sprecherin LAG kommunaler Gleichstellungsstellen NRW

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses, haben Sie zunächst vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Haushaltsplan bezogen auf den Einzelplan 08 des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung.

Die LAG kommunaler Gleichstellungsstellen NRW sieht das MHKBG als verlässlichen Unterstützer für Frauen- und gleichstellungspolitische Ziele. Auch die geplante Erhöhung der Förderung der Einrichtungen des Frauenunterstützungssystems (Titelgruppe 61), um die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen, begrüßen wir.

Allerdings ist es für uns unverständlich, dass sich die Initiative der Landesregierung zur Stärkung von Frauen nicht auch in der Titelgruppe 62 im Bereich „Gleichstellung und Potenzialentwicklung in Beruf und Gesellschaft“ wiederfindet. Hier sind keine finanziellen Veränderungen im Haushalt 2022 ausgewiesen, obwohl *gerade* Frauen durch die Corona-Krise besonders belastet sind.

Viele Studien, die sich *auch* mit der Praxiserfahrung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten decken, zeigen, dass Frauen deutlich stärker unter der Hauptlast der täglichen Arbeit in Familie und Angehörigenbetreuung leiden. Berufliche Einbußen haben insbesondere Frauen erfahren. So sind viele von ihnen Teilzeit beschäftigt und haben durch Kurzarbeit weitere, oft schwer verkraftbare Einbußen ihres Einkommens hinnehmen müssen.

Angesichts der sich deutlich verschlechternden Erwerbssituation vieler Frauen durch die Corona-Pandemie wäre doch *gerade jetzt* der richtige Zeitpunkt, in die Stärkung der Position von Frauen in der Wirtschaft zu investieren. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung forderte in diesem Zusammenhang z.B., dass Konjunkturmaßnahmen einem Gender-Budgeting folgen sollten!

Dass keine Aufstockung geplant ist, alarmiert umso mehr, wenn man bedenkt, dass der Zuschuss im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im nächsten Jahr wegfällt. Bisher wurden durch den Zuschuss des EFRE und des MHKBG die 16 Kompetenzzentren finanziert. Nach einem Bericht des Ministeriums an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen des Landtags NRW für die Sitzung am 11. März 2021, sollen diese nach März nächsten Jahres nicht fortgesetzt werden.

Dabei wären die Kompetenzzentren doch *gerade* in der heutigen Zeit wichtig. Sie leisten einen wertvollen gesellschaftspolitischen Beitrag zur beruflichen Gleichstellung der Geschlechter. Das Ende der Förderung bedeutet das Ende für eine über viele Jahre gewachsene frauenpolitische Infrastruktur, die sich nachweislich bewährt hat.

Die in den Kompetenzzentren tätigen Personen haben erfolgreiche Netzwerke mit Unternehmen und Multiplikator*innen etabliert; sie sind vielfach verlässliche Anlaufstellen in den Regionen. Gerade die Fokussierung der Kompetenzzentren auf die lokale Verortung, auf die regionale Vernetzung und die regionale Ansprache sind elementare Erfolgsfaktoren für eine gelingende Gleichstellungsoffensive. Fallen die Kompetenzzentren weg, würde dies für viele Netzwerke das Aus bedeuten.

Den Kompetenzzentren gelingt mittels persönlicher Ansprache, der Erstellung passgenauer Tools und Veranstaltungsangebote für die regionale Wirtschaft und Unternehmen eine direkte Förderung von Frauen in Führung, Unternehmerinnen und Frauenerwerbsarbeit.

In den Landesteilen, in denen aufgrund kommunaler Strukturen und Rahmenbedingungen wenig gezielte Förderung von Frauen in der Wirtschaft möglich ist, würde es Frauen dieser Regionen beim Wegfall der Kompetenzzentren besonders treffen.

Das letzte Gutachten der Prognos AG zeigt eine deutliche Steigerung der Punktzahl in der zweiten Förderphase über alle Zentren hinweg und attestiert die Bedeutung einer langfristigen Professionalisierung und Präsenz in den Regionen. Die Förderung der Landesregierung leistet gerade hier einen wichtigen Beitrag und darf angesichts dieser Steigerung nicht eingestellt werden!

Gleichstellung der Geschlechter in der Wirtschaft ist ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor, da eine Volkswirtschaft es sich gar nicht leisten kann, auf das zu erschließende Potenzial von Frauen zu verzichten - gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Das Thema muss aus unserer Sicht im *Gesamthaushalt* insgesamt stärker finanziell ausgestattet werden – insbesondere mit dem Blick auf die negativen Folgen, die die Pandemie für Frauen hat! Corona ist auch eine umfassende Krise der Frauen.

Wenn Sie Veränderungen an Struktur, Aufbau und Qualität der Förderung von Frauenerwerbsarbeit vornehmen *wollen*, dann darf dies auf keinen Fall dazu führen, vorhandene lokale Strukturen aufzulösen, geförderte Stellenanteile zu verringern oder finanzielle Unterstützung abzubauen –gerade in der aktuellen Situation ist ein MEHR AN Förderung dringend geboten!

Aus diesem Grund fordern wir Sie dazu auf, sich für die Sicherung des bisherigen Förderumfangs für die Kompetenzzentren durch eine entsprechende Erhöhung des Budgets in der Titelgruppe 62 einzusetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!